

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

36. Jahrgang / 38

24. Februar 1981

Peter Corterier MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, würdigt Breschnews Vorschlag: Ein großer Fortschritt.

Seite 1

Dieter Haack MdB setzt sich mit der Haltung der Union zur Hausbesetzung und Wohnungsmangel auseinander: Doppelspiel.

Seite 2/3

Egon Bahr MdB zum CDU/CSU-Antrag über ABC-Waffen-Abrüstung: Keine weiteren Ungleichgewichte schaffen.

Seite 4

Heinz Büchler MdB sieht Möglichkeiten, die Deutschlandpolitik ein Stück weiter zu bringen: Am Anfang einer Versäglichung.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Ein großer Fortschritt

Breschnews Vorschlag verbessert Aussichten der Entspannungspolitik

Von Dr. Peter Corterier MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die sowjetische Bereitschaft zur Ausdehnung vertrauensbildender Maßnahmen im militärischen Bereich auf den gesamten europäischen Teil der UdSSR, ist ein großer Fortschritt auf dem Wege zu der geplanten Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE). Dieses auf entsprechende französische Vorschläge zurückgehende Konferenzprojekt auf der Grundlage der KSZE-Schlußakte von Helsinki wird gegenwärtig auf der zweiten KSZE-Folgekonferenz in Madrid behandelt.

Für den Fortgang des KSZE-Prozesses ist die Fähigkeit der KSZE-Teilnehmer, sich auf ein Mandat für diese für die europäische Sicherheit so wichtige Konferenz zu einigen, von entscheidender Bedeutung. Die Bewegung, die jetzt durch die Erklärung des sowjetischen Staats- und Parteichefs entstanden ist, eröffnet einen Einstieg in das KAE-Projekt. Die von Leonid Breschnew genannte Voraussetzung, nämlich daß auch die westlichen Staaten die Zone der vertrauensbildenden Maßnahmen entsprechend erweitern, muß allerdings sorgfältig geprüft werden. Für den Fortgang der Entspannungspolitik in Europa sind die Aussichten jetzt jedoch besser geworden.

(-/24.2.1981/ks/ca)

+ + +

Verpflichteter Kreislauf
als werblicher Bestandteil
Anzeigenblätter



Das Doppelspiel der Union

Hausbesetzungen und Wohnungsmangel

Von Dr. Dieter Haack MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die Hausbesetzungen der letzten Wochen haben die Wohnungs- und Städtebaupolitik zum Thema breiter, öffentlicher Diskussion gemacht. Dabei war verschiedentlich der Vorwurf zu hören, es habe erst solcher Ausschreitungen bedurft, um die Wohnungsbaupolitik "auf Trab" zu bringen. Dieser Vorwurf mag in manchen Punkten berechtigt sein. Wenn er pauschal erhoben wird, leugnet er allerdings in ungerechtfertigter Weise die Leistungen der Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre und die schon weit vor Hausbesetzungen eingeleiteten Bemühungen, auch die besonderen Wohnungsprobleme in den Ballungsgebieten in den Griff zu bekommen. Er analysiert zu wenig die vielfältigen Beweggründe, die zu Hausbesetzungen geführt haben.

Besonders unglaublich erscheint die Rolle, die manche Politiker von CDU und CSU in dieser Diskussion spielen. Es ist schon verwunderlich, wenn plötzlich selbst Politiker wie Alfred Dregger ein Herz für Hausbesetzer entdecken.

Der bayerische Ministerpräsident Strauß kritisierte vor wenigen Tagen in einem Zeitungsinterview, daß es unter sozialdemokratischer Verantwortung in den letzten Jahren zu "irrsinnigen Bodenspekulationen" und "unerträglich hohen Mieten" gekommen sei. Hier wird plötzlich die Bodenspekulation von demjenigen im Nachhinein bedauert, der wesentlich mit dazu beigetragen hat, daß die Mitte der 70er Jahre vorgeschlagenen Maßnahmen zur Eindämmung dieser Spekulation verhindert wurden. Die Union war es schließlich, die mit ihrer Mehrheit im Bundesrat durchsetzte, daß die entsprechenden Vorschriften der vorgelegten Novelle zum Bundesbaugesetz gestrichen wurden. Trotz dieser schlechten Erfahrungen ist die Bundesregierung entschlossen, einen neuen Anlauf im Bodenrecht zu unternehmen, mit dem Ziel, mehr Bauland auf den Markt zu bringen und damit die Preisentwicklung zu dämpfen. Fragt man Kommunalpolitiker der Union aus den großen Städten, wie sie solche Maßnahmen bewerten, dann stößt man auf Zustimmung. Währenddessen sind verantwortliche Unionspolitiker in Bonn aber bereits dabei, mit Stichworten wie "kalter Enteignung" oder "Kommunalisierung von Grund und Boden" die Basis für eine Ablehnung dieses neuen, notwendigen Anlaufs zu schaffen. Man darf gespannt sein, wie etwa Bayern, dessen Ministerpräsident jetzt so lautstark die Bodenspekulation beklagt, sich in dieser Frage, wenn es im Bundesrat zur Nagelprobe kommt, entscheiden wird.



Es ist zu hoffen, daß dann die Spekulation in der Union auf die Vergeßlichkeit nicht aufgehen wird.

Ebenso unglaubwürdig ist, wenn Strauß "unerträglich hohe Mieten" kritisiert, während gleichzeitig die Union in Bonn ein wohnungspolitisches Programm vorlegt, das eine weitgehende Lockerung der Vergleichsmietenregelungen im Wohnungsbestand und eine pauschale Anhebung der Mieten im sozialen Wohnungsbau fordert. Die von der Union geforderte Ausweitung der nur für Neubauinvestitionen vorgesehenen Lockerungen im Mietrecht könnte zu einer Mietenexplosion führen, ohne daß der Neubau entscheidend angeregt wird. Dies würde enormen sozialen Sprengstoff mit sich bringen. Davon spricht Strauß, wenn er die seiner Auffassung nach heute schon zu hohen Mieten beklagt, leider nicht.

Im Blick auf die Verdrängung der Wohnbevölkerung hat die Bundesregierung schon in der Regierungserklärung Schutzmaßnahmen für Mieter angekündigt. Dabei geht es um den stärksten Schutz bei einer spekulativen Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und um einen besseren Schutz vor überzogenen Modernisierungsmaßnahmen, die zur Vertreibung führen könnten. Solche Maßnahmen werden beispielsweise nachdrücklich vom Münchner Oberbürgermeister Kiesel (CSU) von Bonn gefordert. Dabei trifft er auf offene Ohren bei SPD und FDP, die entsprechende Maßnahmen beschlossen haben. Nur in den Vorschlägen seiner eigenen Parteifreunde finden sich solche Maßnahmen leider nicht. Man muß auch hier befürchten, daß die Union versuchen wird, die Verwirklichung solcher Vorschläge zu verhindern. Im sozialen Wohnungsbau fordern der Münchner Oberbürgermeister und andere der Union zugehörige Oberbürgermeister das verstärkte Engagement des Bundes, während in denselben Tagen die bayerische Staatsregierung für einen völligen Rückzug des Bundes aus der Wohnungsbauförderung plädiert. Ein Beispiel ist schließlich auch die Kehrtwendung, die der CDU/CSU in Sachen Fehlbelegung gelungen ist. Wurde noch bis zum Ende des vergangenen Jahres lautstark die Forderung nach Einführung einer solchen Abgabe erhoben und dem zuständigen Bundesminister der Vorwurf der Untätigkeit gemacht, so ist diese Abgabe plötzlich, wenn sie von Sozial- und Freidemokraten realisiert wird, ein Auswuchs "Sozialistischer Bürokratie". Hier hört Politik auf, glaubwürdig zu sein. Es wäre noch zu verschmerzen, wenn es dabei allein um die Glaubwürdigkeit einiger Unionspolitiker ginge. Mit einem solchen Verhalten schadet man aber der Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt. Sie gerade gilt es zu bewahren oder wieder herzustellen.

(-/24.2.1981/ks/ca)

+ + +



Keine weiteren Ungleichgewichte schaffen

Zu dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion "Vorschläge zur kontrollierten Abrüstung der biologischen, chemischen und atomaren Waffen"

Von Egon Bahr MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Rüstungsexport der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Die CDU/CSU-Fraktion hat ihren Vorschlag vom vorigen Jahr wieder aufgegriffen, der zur kontrollierten Abrüstung der biologischen, chemischen und atomaren Waffen beitragen soll. Dieser Vorschlag war bereits im vorigen Jahr von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion in seinem Ziel unterstützt worden. Er knüpfte an bekannte sozialdemokratische Vorstellungen an. Über Einzelheiten wird zum gegebenen Zeitpunkt zu sprechen sein.

Die Haltung des außenpolitischen Sprechers der Opposition, des Abgeordneten Mertes, weckt Zweifel. Alle Fortschritte auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle verlangen konstruktive Verhandlungen mit der Sowjetunion. Dazu gehört, daß sowjetische Vorschläge auf mögliche Ansatzpunkte geprüft werden. Bloße Ablehnungen oder Anschuldigungen sind steril.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird die wichtigen Anregungen, die der erste Mann der Sowjetunion auf diesem Gebiet gemacht hat, konstruktiv prüfen. Das gilt auch für die Ansätze auf dem besonders wichtigen Gebiet der auf Europa wirkenden Mittelstreckenwaffen zu erreichen, keine weiteren Ungleichgewichte zu schaffen. Es ist offensichtlich, daß Regelungen auf diesem für Europa lebenswichtigen Gebiet nicht durch den Austausch öffentlicher Erklärungen erzielt werden können; Verhandlungen sind durch nichts zu ersetzen. (-/24.2.1981/ks/ca)

+ + +



Am Anfang einer Versachlichung

Deutschlandpolitik kann ein weiteres Stück vorankommen

Von Hans Büchler MdB

Obmann im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen des Deutschen Bundestages

Wenn nicht alles täuscht, stehen wir am Anfang einer Versachlichung der Deutschlandpolitik. Zwischen dem langfristigen Endziel der Deutschlandpolitik - die Wiedervereinigung - und den normalen Beziehungen der beiden deutschen Staaten in den siebziger Jahren liegt für die achtziger Jahre ein weites und unbestelltes Feld.

Was ist gemeint damit?

Die Deutschlandpolitik der vergangenen Wochen brachte viel an zielloser Aufgeregtheit. Trennt man die Spreu vom Weizen, denn bleibt erstens: Die DDR hat zwar durch die Erhöhung der Umtauschpauschale einen Prozeß der Weiterentwicklung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten kurzfristig gestoppt, dennoch sind zweitens: Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sehr wohl weiterhin auf vielen Gebieten normal und außerdem ist drittens: Die Zukunft offen und hat jenseits der festgeschriebenen Regelungen einen weiten Spielraum, den man in dieser neuen Phase der Sachlichkeit in aller Ruhe durchdenken sollte. Der Spielraum ist in der Tat größer, als mancher Pessimist annimmt.

Das erste Moment der Bewegung: Man sollte nicht übersehen, daß am 23. Februar der Parteitag der KPdSU begann, daß die SED vom 11. bis 16. April tagt, daß die Volkammerwahlen am 14. Juni stattfinden. Warten wir ab, was dort zur Wirtschaftspolitik, was zu den Außenbeziehungen und zur generellen Orientierung gesagt wird.

Das zweite Moment der Bewegung: Zwar darf nicht gerüttelt werden am Nationenbegriff und an der Staatsbürgerschaftsfrage - wie sie durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil und den einschlägigen Stellen unseres Grundgesetzes definiert sind - aber darin erschöpft sich doch längst nicht eine aktive, vernünftige, an menschlichen Erleichterungen orientierte Deutschlandpolitik. Wir handeln weiter "unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu grundsätzlichen Fragen...", wie es in der Präambel zum Grundlagenvertrag von 1972 heißt.

Wir könnten weiter verhandeln über:

- eine intensivere Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik



- die Öffnung weiterer Grenzübergänge und Verbesserungen im grenznahen Bereich
- eine Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit als geschichtlichen Auftrag
- dem Abbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Selbst bei dem noch ausstehenden Rechtsabkommen gibt es unterhalb der Rechtspositionen noch genügend Spielraum für eine vernünftige Praxis im Sinne beiderseits befriedigender Lösungen.

Verhandlungsgegenstände - die hier nur exemplarisch stehen und lediglich angedeutet sind - sollten wieder ohne überspannte Emotionen diskutiert werden. Die DDR wird künstliche Barrieren abbauen und wieder ein soziales Gewissen zeigen müssen im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten, sie wird sich wieder der besonderen Verantwortung für die Erhaltung des Friedens an der Nahtstelle zwischen Ost und West stärker bewußt werden müssen - und dann finden wir auch zurück zu pragmatischen Lösungen und Fortschritten auf vielen Feldern.

Bewegungsmomente liegen drittens in der Förderung der Konjunktur beider deutscher Staaten durch intensivere Zusammenarbeit - die beide Seiten nötig haben in Zeiten wirtschaftlicher Rezession -, in der europäischen Einbindung Berlins und des Zonenrandgebietes durch Verkehrslinien, die Energieeinsparungsmomente enthalten könnten, in neuen Modellen von Energiekooperation (Stromaustausch zum Beispiel) - alles lebenswichtige Fragen in Mitteleuropa, die gleichzeitig Ansatzpunkte sein können, den deutschen Dialog in praktische Erfolge umzusetzen.

Wenn man von zukünftigen Bewegungsmomenten spricht, dann ist es natürlich auch wichtig, und für die gemeinsame deutsche Sache fast noch wichtiger, daß die gemeinsame Kultur nicht verloren geht. Wir müssen zum Beispiel begreifen, daß in der DDR die jungen Schriftsteller uns einiges zu sagen haben, das wir zur Kenntnis nehmen sollten. Auch und gerade hier: Ein Austausch ist auch unterhalb des Kulturabkommens möglich.

An Perspektive braucht es nicht zu fehlen.

Ein weiteres und unbestelltes Feld muß die Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren erst noch in Angriff nehmen. Wenn ein guter Wille auf beiden Seiten dahintersteht, warum eigentlich sollten beide deutsche Staaten im Interesse der Menschen nicht ein weiteres Stück vorankommen.

(-/24.2.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

